

## Der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten: Ziele – Bedeutung – Tätigkeitsfelder

Alle drei Jahre nominieren die Fachgesellschaften der sozial-, bildungs-, verhaltens- und wirtwissenschaftlichen Disziplinen Kandidat:innen für die Wahl in den Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (kurz: RatSWD), die dann durch die Wissenschaftsgemeinschaft gewählt werden können. Dies geschah zum letzten Mal im März des vergangenen Jahres, als wir beide durch die DGS nominiert, gewählt und zum 1. Juli 2023 für drei Jahre in den RatSWD berufen wurden. Dies nehmen wir zum Anlass, über dieses Gremium zu informieren und aus seiner vergangenen und aktuellen Arbeit zu berichten.

Was ist der RatSWD und was will er?

Der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten ist ein unabhängiger Beirat der Bundesregierung, der die Bundes- und Landespolitik zu Fragen der Forschungsinfrastruktur berät. Er besteht aus zehn gewählten Vertreter:innen der empirischen Sozialforschung und zehn Vertreter:innen der wichtigsten Einrichtungen der Datenproduktion in Deutschland, die qua Amt eingesetzt werden. Finanziert wird die Arbeit des Rates durch die DFG, unterstützt wird sie von einer Geschäftsstelle, die am WZB in Berlin angesiedelt ist.

Das wichtigste Ziel der Arbeit des RatSWD besteht bis heute darin, die Basis und den Zugang der empirischen Sozialwissenschaften zu qualitativ hochwertigen, wissenschaftlich relevanten Daten aus administrativen, wissenschaftlichen oder privatwirtschaftlichen Quellen zu verbessern. Dazu entwirft der RatSWD Empfehlungen, berät die für Forschung zuständigen Ministerien, unterstützt und berät Gesetzgebungsverfahren, monitort aktuelle rechtliche, methodische und technologische Entwicklungen und beteiligt sich an Initiativen und Abstimmungen mit internationalen Akteuren. Der RatSWD bildet außerdem ein zentrales Forum für den Austausch und Dialog zwischen der Wissenschaftsgemeinschaft und der Datenproduktion und organisiert alle drei Jahre die Konferenz für Sozial- und Wirtschaftsdaten (KSWD), um wissenschaftliche Themen im Kontext von empirischer Sozialforschung und der Datenproduktion zu diskutieren und Öffentlichkeit dafür zu generieren.

## Anfänge und Entwicklungen

Ende der 1990er Jahre veröffentlichten drei einflussreiche Wirtschaftsforscher ein Memorandum, in dem sie den unzureichenden Datenzugang der empirischen Wirtschafts- und Sozialforschung bemängelten und Vorschläge zur Verbesserung der Dateninfrastruktur machten. Zu dieser Zeit gab es kaum Einflussmöglichkeiten der Wissenschaft auf die Generierung amtlicher Umfragedaten, es gab noch keine Forschungsdatenzentren und mithin kaum Transparenz über Datenquellen, und viele Datenbestände waren für die Wissenschaft nicht zugänglich, weil die Daten nicht entsprechend aufbereitet, anonymisiert und dokumentiert waren. Als Reaktion darauf berief das BMBF die »Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik« (KVI) ins Leben, die im Jahr 2001 ein Gutachten erstellte, in dem eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Dateninfrastruktur beschrieben wurde. Dort wurde auch die Einrichtung eines Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten vorgeschlagen, um den Ausbau der Dateninfrastruktur zu begleiten. Ebenfalls im Jahr 2001 berief das BMBF einen Gründungsausschuss unter dem Vorsitz von Karl-Ulrich Mayer, und im Jahr 2004 nahm der RatSWD unter dem Vorsitz von Gert G. Wagner dann seine Arbeit auf.

Seit 2020 haben die Arbeiten des RatSWD durch die Initiative zum Aufbau einer nationalen Forschungsdateninfrastruktur (NFDI) enorm an Bedeutung gewonnen. Zur NDFI gehören 26 Konsortien aus ganz unterschiedlichen Disziplinen, darunter auch das Konsortium für die Sozial-, Bildungs-, Verhaltens- und Wirtschaftswissenschaften KonsortSWD, das sich dem Auf- und Ausbau der Infrastruktur sozialwissenschaftlicher Daten widmet und die Arbeit mit Daten für die Forschung erleichtern will.<sup>1</sup> Dabei werden die Bedürfnisse der Forschungscommunities sowie rechtliche und ethische Anforderungen berücksichtigt. Seitdem ist der RatSWD ein Teil von KonsortSWD.

---

1 [www.konsortswd.de](http://www.konsortswd.de)

## Themen und Ergebnisse

Die Anfangsjahre des RatSWD waren vor allem dadurch geprägt, dass die ersten Forschungsdatenzentren eingerichtet wurden, die einen geregelten, transparenten und für alle Wissenschaftler:innen offenen Zugang insbesondere zu sensiblen Daten ermöglichten. Der Datenzugang für die Wissenschaft wurde damit stark verbessert und erweitert. Seitdem sind Entscheidungen über die Akkreditierung neuer Forschungsdatenzentren eine wichtige Daueraufgabe des Rates, und mittlerweile gibt es 41 akkreditierte Forschungsdatenzentren in Deutschland.<sup>2</sup> In diesem Zusammenhang hat auch das Thema Datenerschließung und Forschungsdatenmanagement, insbesondere die Umsetzung der sogenannten FAIR-Prinzipien – Daten sollen auffindbar, zugänglich, interoperabel und nachnutzbar sein – den RatSWD in seiner Arbeit immer wieder begleitet. In den letzten Jahren hat sich der Rat dabei verstärkt dem Management qualitativer Daten sowie dem Datenmanagement in kleinen Forschungsprojekten gewidmet.

Daneben ist die Verbesserung des Zugangs zu Forschungsdaten das wichtigste Thema der Arbeit des Rates. Hier wurde einiges erreicht, aber es gibt immer noch viele ungenutzte Möglichkeiten. In früheren Berufsperioden setzte sich der Rat mit der Kriminalstatistik, mit Geo-, Migrations- und Bildungsdaten, Big Data und dem technischen Datenzugang (vor allem mit Remote Access) auseinander. Diese Themen berühren fast immer Fragen des Datenschutzes bei Forschungsdaten, so dass sich der Rat auch damit intensiv beschäftigt hat und über die Jahre eine Vorreiterrolle bei der Etablierung und Konsolidierung von Standards eingenommen hat. Dabei greift der Rat die wachsenden technischen und rechtlichen Herausforderungen in Deutschland und Europa kontinuierlich auf, um auch künftig eine Infrastruktur zu ermöglichen, die die datenschutzkonforme Bereitstellung von Forschungsdaten für die Wissenschaft ermöglicht. Eng damit verknüpft sind Fragen der Forschungsethik, denn auch wenn Forschungsaktivitäten rechtlich zulässig sind, müssen sie ethisch nicht zwangsläufig immer vertretbar sein. Forschungsethische Probleme werden zunehmend auch in den Sozialwissenschaften thematisiert, und Fördergeber, wie die DFG oder Fachzeitschriften, verlangen immer häufiger die Klärung der Unbedenklichkeit von Forschungsvorhaben durch Ethikkommissionen, insbesondere wenn Daten erhoben werden sollen. Auch mit diesem Thema hat sich der RatSWD beschäftigt, zum Beispiel mit mehreren Arbeitsgruppen zur Forschungsethik.

---

2 Für eine Übersicht vgl. [www.konsortswd.de/angebote/forschende/alle-datenzentren/](http://www.konsortswd.de/angebote/forschende/alle-datenzentren/)

Über die Jahre hat der RatSWD zu allen diesen Bereichen eine Vielzahl von Best-Practice-Sammlungen, Materialien für die akademische Lehre, Handreichungen, Stellungnahmen und Empfehlungen erarbeitet und etliche Beiträge in seiner Working Paper Reihe zu diesen und weiteren Themen veröffentlicht. All diese wertvollen Informationsquellen sind online auf der Webseite des Rates verfügbar.<sup>3</sup>

Wie arbeitet der RatSWD und was tun wir aktuell?

Der RatSWD als Ganzes trifft sich mehrmals im Jahr zu Arbeitssitzungen. Das Gros der Arbeit findet aber in den Arbeitsgruppen und Task Forces statt, die zu Beginn jeder Berufungsperiode in einem Arbeitsprogramm (vgl. dazu aktuell RatSWD 2024) festgelegt, arbeitsteilig besetzt werden und die sich ebenfalls mehrmals im Jahr treffen. In der aktuellen 8. Berufungsperiode gibt es insgesamt fünf Arbeitsgruppen: Eine AG beschäftigt sich mit Datentreuhandmodellen, die es ermöglichen, die Zusammenführung von Datenbeständen über unterschiedliche Anbieter und Produzenten hinweg für Forschungszwecke zu ermöglichen. Eine AG widmet sich den Potenzialen und der Verbesserung von Zugängen zu Gesundheitsdaten. Eine AG hat zum Ziel, ein Infrastrukturangebot zu entwickeln, das es ermöglicht, Vulnerabilitäten, Resilienz und Bereitschaft in Krisen, Katastrophen und Bedrohungslagen aus sozialwissenschaftlicher Perspektive zu untersuchen. Eine AG zielt darauf ab, Unternehmensdaten zu erschließen und besser für die Forschung nutzbar zu machen. Und eine AG widmet sich der Aufgabe, die vielfältigen Daten, die aus der Arbeit von Parlamenten anfallen, in den Blick zu nehmen, um ihre Zugänglichkeit und Strukturierung zu verbessern.

Neben den Arbeitsgruppen gibt es aktuell drei Task Forces, die dauerhaft eingerichtet sind und anlassbezogen tätig werden: Die Task Force Politik und Recht analysiert einschlägige Gesetzentwürfe, erarbeitet Stellungnahmen an die Politik und entwickelt proaktiv Empfehlungen zu relevanten Feldern. Die Task Force Ethik arbeitet an einer dauerhaften Lösung für die Information und Koordination von Ethikkommissionen in den Disziplinen, die im RatSWD vertreten sind. Und schließlich wirft die Task Force Internationales den Blick über den deutschen Tellerrand hinaus auf den Ausbau

---

<sup>3</sup> [www.konsortswd.de/ueber-uns/ratswd/](http://www.konsortswd.de/ueber-uns/ratswd/)

der europäischen Dateninfrastruktur und auf Best Practices in anderen Ländern. Sie beobachtet die europäische Datengesetzgebung und vernetzt sich international.

Zurzeit arbeiten wir, Corinna Kleinert und Hubert Knoblauch, als die beiden von der DGS (im Falle von Corinna Kleinert gemeinsam mit der Akademie für Soziologie) nominierten Mitglieder, im RatSWD als Ganzem sowie in jeweils drei Arbeitsgruppen beziehungsweise Taskforces. Wir versuchen dabei, die Interessen der soziologischen Forschungscommunities zu vertreten, die Daten erheben, verarbeiten, verwalten und (auch sekundär) nutzen, und zwar sowohl der quantitativen wie auch der neuerdings ebenso präsenten qualitativen Daten. Wir stehen dazu in Kontakt mit dem Vorstand der DGS, haben aber auch ein offenes Ohr für Nachfragen, Anregungen und Kommentare der Mitglieder der DGS.

Corinna Kleinert

E-Mail: [corinna.kleinert@lifbi.de](mailto:corinna.kleinert@lifbi.de) und

Hubert Knoblauch

E-Mail: [Hubert.Knoblauch@tu-berlin.de](mailto:Hubert.Knoblauch@tu-berlin.de)

## Referenzen

RatSWD – Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten 2024: Arbeitsprogramm der 8. Berufungsperiode 2023–2026. Berlin. <https://doi.org/10.17620/02671.93>

## Klaus-Mehnert-Preis

Die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde vergibt jährlich den Klaus-Mehnert-Preis zur Förderung junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Ausgezeichnet werden herausragende wissenschaftliche Arbeiten Dissertationen, die sich mit den Staaten Ostmittel- und Osteuropas befassen. Die Arbeiten sollen im deutschsprachigen Bereich verfasst (die Einreichung von Arbeiten, die in englischer Sprache verfasst sind, ist möglich) und zum Zeitpunkt der Bewerbung nicht älter als zwei Jahre sein. Das Verfahren (Verteidigung) muss zum Zeitpunkt der Bewerbung abgeschlossen sein. Hochschullehrerinnen und -lehrer können (im Einverständnis mit der Verfasserin bzw. dem Verfasser) Personen für die Preisverleihung vorschlagen. Interessierte Personen können sich mit ihrer Arbeit aber auch direkt bewerben. Die Förderung erfolgt unabhängig von einer Mitgliedschaft bei der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde. Das Preisgeld wird seit dem Jahr 2015 von der Klaus-Mehnert-Gedächtnis-Stiftung bereitgestellt. Bitte senden Sie uns zunächst eine formlose E-Mail mit folgenden Angaben.

- Name und Adresse der/des Verfasser\*in
- Titel der Arbeit
- Zeitpunkt und Ort der Einreichung (Hochschule und Fakultät)
- Zusammenfassung der Arbeit (max. 2 Seiten) als Anhang

In einem zweiten Schritt werden wir Sie um die Einreichung Ihrer vollständigen Unterlagen in digitaler Form bitten

- die wissenschaftliche Arbeit
- das Erst- und Zweitgutachten
- einen Lebenslauf

Einsendeschluss ist der **1. Oktober 2024**. Weitere Informationen zum Preis finden Sie unter: <http://www.dgo-online.org/klaus-mehnert-preis/>.

Kontakt:

Dr. Gabriele Freitag

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Schaperstraße 30

D-10719 Berlin

Tel.: +49(0)30 214 784 12

E-Mail: [info@dgo-online.org](mailto:info@dgo-online.org)

## Habilitationen

Dr. Lisa Suckert hat sich am 9. April 2024 an der Universität Hamburg habilitiert. Die Habilitationsschrift trägt den Titel »Krisenzeiten: Wirtschaftssoziologische Perspektiven auf Zeitlichkeit, Zeithorizonte und Zukunftsvorstellungen im Kontext gesellschaftlicher Krisen«. Die *venia legendi* lautet Soziologie.

Dr. Insa Pruiskien hat sich am 31. Januar 2024 an der Universität Bremen habilitiert. Die Habilitationsschrift trägt den Titel »Institutionelle Logiken, religiöse Organisation und Marktbildung«. Die *venia legendi* lautet Soziologie.

Dr. Alban Knecht hat sich am 10. Januar 2024 an der Bergischen Universität Wuppertal habilitiert. Die Habilitationsschrift trägt den Titel »Soziale Arbeit im Wandel des Wohlfahrtsstaats«. Die *venia legendi* lautet Sozialpädagogik und Sozialpolitik.

Dr. Uta Karstein hat sich am 15. November 2023 an der Technischen Universität Dresden habilitiert. Die Habilitationsschrift trägt den Titel »Religion im 19. Jahrhundert. Ästhetik – Öffentlichkeit – Autonomie«. Die *venia legendi* lautet Soziologie.

# Call for Papers

## Die Vielfalt des Rechts

Themenoffene Tagung der Sektion Rechtssoziologie am 12. und 13. Dezember 2024 in Marburg

Die Auseinandersetzungen um das Recht sind vielfältig: Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, die Situation im Nahen Osten seit dem Überfall der Hamas auf Israel, die anhaltende Debatte über Flucht und Migration, die Umsturzpläne der Reichsbürger:innenbewegung um Prinz Reuß, das in Bayern beschlossene Verbot des Genderns in öffentlichen Einrichtungen oder die Transformation zu Klimaneutralität am Beispiel des Heizungsgesetzes zeigen, wie prekär, umstritten, politisch sowie gesellschaftlich relevant und – in Anlehnung an Eugen Ehrlich – lebendig Recht sein kann.

In Anbetracht der vielfältigen Themen der Rechtssoziologie, aber auch angesichts unterschiedlicher theoretischer wie methodischer Herangehensweisen lädt der Vorstand der Sektion Rechtssoziologie zu einer offenen Tagung am 12. und 13. Dezember an der Philipps-Universität Marburg ein. Sie bietet ein theorie-, methoden- und themenunabhängiges Forum, um aktuelle Projekte zu präsentieren, grundlegende Fragen zur Debatte zu stellen und in Diskussion miteinander zu treten.

Für die Tagung bitten wir um Zusendung aussagekräftiger Abstracts bis zum **31. August 2024**.

- Einzelvorträge: 500 Wörter
- gemeinsame Panel: 800 Wörter
- weitere Gestaltungsideen wie Author-meets-Critics, Diskussionsrunden usw. werden explizit begrüßt: 800 Wörter

Darüber hinaus rufen wir zur Einreichung von Postern zu aktuellen Projekten auf. Wir begrüßen die Einsendung zu Promotions- und Habilitationsprojekten. Schicken Sie uns Ihren Entwurf ebenfalls bis zum 31. August

2024. Die Projektposter werden im Vorfeld der am Abend des 12. Dezember stattfindenden Jahresfeier des ausrichtenden Zentrums mit der 15. Marburger Vorlesung zum Völkerstrafrecht als Hauptvortrag mit anschließendem Stehempfang präsentiert.

Organisiert wird die Tagung im Namen des Vorstands der Sektion Rechtssoziologie vom Internationalen Forschungs- und Dokumentationszentrum Kriegsverbrecherprozesse (ICWC) an der Philipps-Universität Marburg, vertreten durch Dr. Henning de Vries. Einsendungen bitte an:

icwc@uni-marburg.de

## Verbraucher:innen in der Energiewende

Workshop 18 des Kompetenzzentrums Verbraucherforschung der Verbraucherzentrale NRW e. V. (KVF NRW) mit dem Institut für Verbraucherwissenschaften (IfV) am 18. November 2024 an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Auch wenn der unmittelbare Preisschock in der Folge des Krieges in der Ukraine abgeflaut ist, kann nicht von einem Ende der Krise gesprochen werden. Der Klimawandel schreitet voran und macht den Ausstieg aus der fossilen Wirtschaft notwendig. Diese Energiewende wird Auswirkungen auf den Alltag der Verbraucher:innen haben. bieten.

Die Veranstaltung soll eine Plattform für den inter- und transdisziplinären Austausch und Diskussionen der Risiken und Chancen des Wandels von Energieerzeugung und -verbrauch bieten. Ziel ist es, Erkenntnisse aus unterschiedlichen für die Verbraucherwissenschaften relevanten Fachrichtungen (beispielsweise Erziehungswissenschaft, Ökonomie, Politikwissenschaft, Psychologie, Rechtswissenschaft, Sozialwissenschaft, Geschichtswissenschaft, Informatik, Marketing et cetera) zusammenzuführen. Vorschläge zu folgenden möglichen Themenschwerpunkten und Fragestellungen sind willkommen:

### Verbraucher:innen und Energiemärkte

- Welchen Problemen sind Verbraucher:innen an Energiemärkten ausgesetzt?
- Wie beeinflussen Energiemärkte das Verbraucherverhalten?

- Wie entwickeln sich die Märkte für erneuerbare Energien und Technologien und welche Auswirkungen hat dies auf Verbraucher:innen?

#### Energiewende und gesellschaftliche Konflikte

- Welche politischen Kräfte bremsen die Energiewende und verunsichern Verbraucher:innen?
- Wie kann Aufklärung gegen Klimawandelleugnung und Populismus gegen die Energiewende gestaltet werden?
- Welche Rolle spielen die Debatten um die Klimakrise in der Verbraucherpolitik?

#### Die soziale Frage in der Energiewende

- Wird die soziale Ungleichheit durch die Transformationen zunehmen?
- Wie können die sozialen Folgen der Energiewende abgefedert werden?
- Welches Ausmaß hat die Energiearmut und wie kann sie abgeschafft werden?

#### Welche Energie wollen wir und welche bekommen wir?

- Gelingt die Energiewende und welche Probleme sind mit den erneuerbaren Energien verbunden?
- Welchen Technologien gehört die Zukunft?
- Welche Maßnahmen sind für eine sichere und saubere Energieversorgung notwendig?

#### Handeln und Entscheiden: Was können Verbraucher:innen tun und was nicht?

- Spielen die Verbraucher:innen überhaupt eine Rolle in der Energiewende?
- Werden neue Formen der Energieversorgung an Bedeutung gewinnen (Bürger:innen-Energie / Energie-Prosumer:innen)?
- Welchen Handlungsspielraum haben Mieter:innen, Eigentümer:innen und Hausbesitzer:innen?

Bitte senden Sie ein aussagefähiges Abstract als PDF-Datei bis zum **6. September 2024** (maximal 2.000 Zeichen inkl. Leerzeichen; Titel, Autorennamen, Kontaktdaten und Keywords zählen nicht dazu).

Bis zum 13. September 2024 erhalten Sie Nachricht über die Annahme Ihres Vorschlags. In diesem Fall werden wir Sie bitten, uns bis zum 13. November 2024 eine Präsentation (PPTX-, ODP- oder PDF-Datei) zuzusenden. Bitte beachten Sie, dass die Vorträge dieses Workshops im Open Access in unserem »Jahrbuch Konsum & Verbraucherwissenschaften« erscheinen sollen. Die Abgabe der Manuskripte (als DOCX- oder ODT-Datei) soll bis zum 7. April 2025 erfolgen.

Die Reisekosten zum Workshop werden Ihnen im Rahmen des Landesreisekostengesetzes NRW und der Allgemeine Verwaltungsvorschriften zum Landesreisekostengesetz erstattet.

Mehr Informationen sowie ein Kontaktformular zur Einreichung Ihres Vorschlags finden Sie unter <https://www.verbraucherforschung.nrw/>. Bei Fragen wenden Sie sich bitte an:

[verbraucherforschung@verbraucherzentrale.nrw](mailto:verbraucherforschung@verbraucherzentrale.nrw).

## Der Wandel des Pilgerns im heutigen Europa. Spiritualität – Praxis – Infrastruktur

Internationale Pilgertagung der Sektion Religionssoziologie vom 11. bis 13. September 2025 in Donauwörth

Pilgern erfährt in Europa seit den 1970er Jahren einen ungeahnten Boom. Inzwischen sind in qualitativer Hinsicht etliche markante Veränderungen, ja sogar Brüche zu verzeichnen. Um diese für das religiös-spirituelle und weltanschauliche Feld in Europa höchst aufschlussreiche Phänomene zu erkunden, laden wir zu einer dreitägigen Tagung nach Donauwörth, einem jahrhundertalten Wallfahrts- und Pilgerzentrum, ein. Es sollen religionssoziologische Fragestellungen samt ihrer Schnittstellen zu psychologischen, theologischen und touristischen Perspektiven ausgelotet werden.

Die Tagung findet im Rahmen der 5. Donauwörther Pilgertage statt. Veranstalter sind die Sektion Religionssoziologie in Kooperation mit der Städtischen Tourist-Information Donauwörth/Vhs und weiteren Unterstützern aus der Pilgerszene. Durch Responses werden die Fachbeiträge in die weitere Forschung eingebettet und ihre Bedeutung für die Praxis erschlossen. Dies ermöglicht Forschenden, ihre Kontakte zum Feld auszubauen.

## Themen

Pilgern ist im Wandel. Nach einigen Jahrzehnten des Pilgerbooms ist es an der Zeit, Kontinuitäten, Entwicklungen und Umbrüche besonders in den Blick zu nehmen. Mögliche Fragestellungen der Beiträge können sein:

- Das weltanschauliche Profil heutiger Pilger\*innen: Wie lassen sie sich in religiöser, spiritueller, soziokultureller und sozialstruktureller Hinsicht beschreiben? Was motiviert sie? Welche Unterschiede lassen sich diesbezüglich zwischen den Herkunftsländern der Pilger\*innen feststellen?
- Wie verändert sich die Praxis des Pilgerns, also die Handlungsform seiner Durchführung, das Erfahren, Erleben und die Sinndeutung der Pilgernden? Welche Theorien eignen sich am besten dazu, diese Veränderungen zu verstehen und zu erklären?
- Welche Typisierungen, z.B. hinsichtlich der Art der Spiritualität und Religiosität, der biografischen Verortung und der Milieuzugehörigkeit, erweisen sich als hilfreich für das Verständnis der Vielfalt der Pilger\*innen? Inwiefern müssen diese Typisierungen weiterentwickelt werden?
- Welche Forschungsmethoden erweisen sich als fruchtbar und welche Indikatoren und Dimensionen sollten verstärkte Aufmerksamkeit bekommen? Wie sind empirische und hermeneutische Herangehensweisen ins Spiel zu bringen?
- Wie entwickelt sich die Kommunikation der Pilgernden und über diese Praxis? Welche visuellen und sprachlichen Formen prägen die Diskurse und welchen Stellenwert erhalten dabei *Social Media* und Netzwerke sowie die Darstellungen institutioneller Akteure?
- Welche positiven und negativen Bewertungen des Pilgerns zirkulieren und wie verändern sich solche Zuschreibungen? In welchen Kontexten propagieren welche Akteure die jeweiligen Bewertungen?
- Wie entwickelt sich die Infrastruktur des Pilgerns (Wege, Ziele, Unterkünfte, Pilgerbegleitung, Pilgerangebote ...)? Welche Profit- und Non-profit-Akteure werden hierbei aktiv? Welche Werte und Interessen leiten sie und mit welchen Wirkungen?
- Wie wirkt sich die kulturelle, religiöse und weltanschauliche Vielfalt auf das Pilgern aus – sind doch insbesondere auf populären Pilgerwegen höchst unterschiedliche Leute unterwegs?
- Was geschieht, wenn Pilgern mit sozialetischen Anliegen (Ökologie, Frieden, globale Gerechtigkeit ...) gerahmt oder für Rehabilitations-, Resozialisierungs- oder medizinische Zwecke genutzt wird?

- Können – möglicherweise nachhaltige – individuelle bzw. biografische Wirkungen des Pilgerns festgestellt werden, und wie wirken sich die jüngeren Pilgertrends aus?
- Wie können die am Pilgern beobachteten Veränderungen meso- und makrosoziologisch interpretiert werden? Welche soziologischen Theorien vermögen das Pilgern erkenntnisförderlich zu begreifen?

Für Hauptvorträge haben bislang Nurit Stadler (Jerusalem), Michael N. Ebertz (Freiburg) und Stefan Huber (Bern) zugesagt. Für die beiden Abendvorträge wurden Klaus Bieberstein (Bamberg) und Hartmut Rosa (Jena) angefragt.

Folgende Formen von Beiträgen sind erwünscht:

- Hauptvorträge (ca. 30 Min.)
- Thesenpapiere für Workshops über spezifische Fragestellungen und die Diskussion laufender Forschungsprojekte (ca. 15 Min.)
- Poster für Kurzpräsentationen und Gallery-Walk.

Bitte reichen Sie Ihr aussagekräftiges Abstract (samt Angabe des gewünschten Formats) mit bis zu 3.000 Zeichen (inkl. Leerzeichen) bis zum **1. Oktober 2024** ein. Einreichungen sind auf Deutsch oder Englisch möglich. Die Begutachtung und Mitteilung über die Annahme wird bis zum 1. Dezember 2024 abgeschlossen. Bis 31. Dezember 2024 erfolgt die Bestätigung der Annahme durch die Vortragenden. Die Programmplanung wird bis zum 31. Januar 2025 fertiggestellt. Die vergünstigte Anmeldung ist bis 1. Mai 2025 über unten angegebene Kontaktadresse möglich.

Die Tagung wird organisiert von Prof. Dr. Dr. Michael N. Ebertz (Freiburg), Dr. Michael Hainz SJ (Frankfurt Sankt Georgen), Prof. Dr. Stefan Huber (Bern) und Dr. Detlef Lienau (Freiburg).

Kontakt: [pilgern@ekiba.de](mailto:pilgern@ekiba.de)

# Tagungen

## Vulnerable Gesellschaften: Risiken und Reaktionen

Kongress der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie vom 9. bis 11. September 2024 an der Hochschule für Soziale Arbeit der Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW, Campus Muttenz

Dass wir in unsicheren Zeiten leben, scheint eine soziologische Binsenwahrheit zu sein. Allerdings wurden Gesellschaften rund um den Globus in jüngster Zeit von einer außerordentlichen Häufung von akuten und persistenten Krisen und Katastrophen mit globalen Auswirkungen erschüttert wie z.B. von der Covid 19-Pandemie, dem Krieg in der Ukraine, sich beschleunigenden Effekten des Klimawandels wie Hitzewellen, Dürren und Überflutungen, von Lieferkettenunterbrüchen und Energiemangel und der massiven Zunahme von Hunger, um nur einige Stichworte zu nennen. Jede dieser Krisen stellt für sich allein schon enorme soziale, politische, ökonomische und ökologische Herausforderungen dar. Zusammengenommen erzeugen sie eine erhöhte Wahrnehmung und Betroffenheit von allgemeiner Verletzlichkeit. Vor diesem Hintergrund ist Vulnerabilität zu einem breit verwendeten Begriff in öffentlichen und politischen Diskursen geworden. In aller Regel wird er nicht lediglich deskriptiv verwendet – vielmehr kommt ihm gleichzeitig eine präskriptive Funktion zu. Vulnerabilität oder Fragilität festzustellen, ist unweigerlich verbunden mit dem moralischen und politischen Aufruf zu handeln, um potenziellen Schädigungen vorzubeugen oder sie zu mildern und soziale Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Eine soziale Gruppe als »vulnerabel« zu charakterisieren, impliziert die Zuschreibung eines speziellen Bedarfs an Schutz und Unterstützung. Vulnerabilität wird mit einer breiten Palette von physischen, sozialen, ökonomischen oder kulturellen Faktoren, Bedingungen und Prozessen in Verbindung gebracht. In der einschlägigen Literatur werden nicht nur Menschen als verletzlich betrachtet. Der Terminus findet auch Anwendung für die Gefährdung von technischen

Infrastrukturen und ökologischen, ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Systemen. Entsprechend ist Vulnerabilität zum Gegenstand verschiedener akademischer Disziplinen geworden: von Medizin bis Katastrophenforschung, Ökologie, Philosophie, Psychologie, Gerontologie und Pädagogik, Recht oder Sozialer Arbeit. Was also könnten genuin soziologische Perspektiven und Beiträge zur Analyse von Vulnerabilität sein?

Im Rahmen des Kongresses soll der Begriff der Vulnerabilität in seiner Bedeutung für die soziologische Theoriebildung und Forschung kritisch sondiert werden. Zum einen wird er systematisch mit verwandten und in der Soziologie fest verankerten konzeptionellen Begriffen wie Risiko, Ungewissheit, Krise oder Prekarität respektive zu Gegenbegriffen wie Resilienz, Agency, Anpassung u.ä. in Beziehung gesetzt. Zum anderen gilt es, anhand empirischer Studien aus unterschiedlichen Feldern den gegenwärtigen Stellenwert sowie das Potenzial des Konzepts der Vulnerabilität für die soziologische Forschung zu reflektieren. Was sind die Ursachen, Formen und Folgen von Vulnerabilität? Wie reagieren Individuen, Gruppen, Organisationen, soziale Bewegungen, Staaten oder supranationale Organisationen auf unterschiedliche Formen von Vulnerabilität? Schließlich sollen die politischen und praktischen Erträge der soziologischen Analyse von Vulnerabilität ausgelotet werden.

Der Kongress wird dreisprachig auf Deutsch, Französisch und Englisch durchgeführt.

Kongressorganisation:  
sgs.sozialarbeit@fhnw.ch

## Norbert Elias in der Praxis.

### Von der Menschenwissenschaft zur Anwendung

Tagung an der Hochschule Esslingen am 20. und 21. September 2024

Das Ziel von Norbert Elias war die theoretische und begriffliche Weiterentwicklung der Menschenwissenschaften – hin zu einem konsequenten interdisziplinären Prozess- und Verflechtungsdenken. Damit eröffnete er wegweisende Perspektiven, und zwar auch in der anwendungsorientierten Forschung sowie der konkreten praktischen Anwendung. Diese greifen auf

seine Konzepte und Schlüsselbegriffe zurück – ob Machtbalancen, Figurationen beziehungsweise Beziehungsgeflechte, Etablierten-Außenseiter-Beziehungen, Balancen von Fremd- und Selbstzwang, Wandel von Hierarchien in Arbeitsbeziehungen, Geschlechterbeziehungen oder Schübe von Zivilisierung und Dezivilisierung.

Die erste Anwendung entstand bereits ab den 1940er Jahren: das von SH Foulkes in Zusammenarbeit mit Elias entwickelte Modell der gruppenanalytischen Psychotherapie. Bis heute wird das Potenzial des Prozess- und Figurationsansatzes in der anwendungsorientierten Forschung und der konkreten Anwendung genutzt und weiterentwickelt, ob in Gruppenanalyse, Organisationsberatung, Kindergarten oder Sozialer Arbeit.

Ein Überblick über die vielfältigen Anwendungen des Prozess- und Figurationsansatzes in Forschung und Praxis ist nur schwer zu gewinnen. Ziel dieser Tagung ist es daher, Anwendungsideen und -ansätze aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen und Praxisfeldern vorzustellen und zu den gesammelten Erfahrungen miteinander in Austausch zu kommen. Schlüsselfragen hierzu können sein:

- In welchen Bereichen werden Ansätze von Elias für die praktische Anwendung als nützlich beurteilt?
- Wo finden Ansätze von Elias einen konkreten Anwendungsbezug?
- Welche Perspektiven künftiger Anwendungsbezüge lassen sich erkennen?

Die Tagung soll mit Kurzvorträgen gerahmt werden und Zeit für Fragen, Diskussionen, Austausch und geselliges Beisammensein bieten. Die Anmeldung zur Teilnahme an der Tagung hat im Juni 2024 begonnen. Tagungsgebühren werden nicht erhoben.

Kontakt:

Prof. Dr. Wolfgang Stadel, Hochschule Esslingen  
E-Mail: [wolfgang.stadel@hs-esslingen.de](mailto:wolfgang.stadel@hs-esslingen.de)

Dr. Désirée Waterstradt, Norbert Elias Foundation  
E-Mail: [desiree.waterstradt@norbert-elias.com](mailto:desiree.waterstradt@norbert-elias.com)

## Interdisziplinäre Antisemitismusforschung

Tagung vom 8. bis 10. Oktober 2024 an der Universität Trier

Die Tagung widmet sich gegenwärtigen und historischen Erscheinungsformen des Antisemitismus und will einen Beitrag zur kritischen Auseinandersetzung mit gegenwärtigen und historischen Erscheinungsformen des Antisemitismus leisten.

Die alle zwei Jahre stattfindenden »Nachwuchstagungen für interdisziplinäre Antisemitismusforschung« tragen der Notwendigkeit Rechnung, Antisemitismus nicht nur als Phänomen der Vergangenheit zu beleuchten, sondern auch in seiner Aktualität und seinem Bedrohungspotential zu thematisieren.

Dieses Bedrohungspotential hat sich mit den Angriffen der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 erneut in seine mörderische Praxis übersetzt und einmal mehr offenbart, dass jüdisches Leben jederzeit durch den Vernichtungsdrang islamistischer Terrororganisationen, aber auch durch Staaten wie den Iran und antisemitische Akteur:innen weltweit bedroht wird und selbst der israelische Staat als Refugium für Jüdinnen und Juden keinen vollständigen Schutz vor antisemitischen Pogromen bieten kann.

Die »genozidale Botschaft« (Dan Diner) der Hamas an Jüdinnen und Juden auf der ganzen Welt macht nicht nur eine Solidarisierung mit allen von Antisemitismus Betroffenen notwendig, sondern auch eine intensive, tiefgreifende und vielschichtige wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Antisemitismus.

Aus diesem Grund soll unsere Tagung durch aus der Nachwuchswissenschaft kommende, neue Forschungsimpulse in Verbindung mit einer fachübergreifenden Aufstellung der Referent:innen innovative Zugänge zur Antisemitismusforschung ermöglichen und Antisemitismus ganzheitlich in den Blick nehmen. Dementsprechend ist es Anspruch der Tagung, neue Ansätze zur Antisemitismusforschung zu verbreiten, den Ideenaustausch und die Netzwerkbildung unter den Teilnehmer:innen zu fördern und die Rolle von Nachwuchswissenschaftler:innen zu stärken.

Die dreitägige internationale Tagung findet in Kooperation mit der Forschungs- und Dokumentationsstelle SEAL (Universität Trier), der Beauftragten der Ministerpräsidentin für jüdisches Leben und Antisemitismusfragen des Landes Rheinland-Pfalz Monika Fuhr, dem Arbeitskreis »Erinnerung der Großregion« e.V., dem Landesverband der jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz, dem Jungen Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und dem jüdischen Studierendenverband Rheinland-Pfalz/Saarland

»Hinenu« in Trier statt. Zivilgesellschaftliche Akteur:innen werden während der Tagung die Möglichkeit haben, ihre Inhalte an Ständen zu präsentieren.

Kontakt:

iaa@uni-trier.de

### »Wer schützt hier eigentlich wen?«

Online-Zwischentagung des Forschungsverbunds GERDEA zum institutionellen Umgang mit rechten Angriffen gegen die Wissenschaft am 9. Oktober 2024 von 9:30 bis 17 Uhr

Eine Verschiebung der Debattenkultur nach rechts geht auch an den Hochschulen nicht vorbei. Als Akteur:innen im politischen Raum positionierten sich verschiedene Universitäten und hochschulpolitische Verbände in den letzten Monaten gegen Antisemitismus und rechte Abschiebungsfantasien. Zugleich sind die Hochschulen selbst und mit ihnen einzelne Forschende immer wieder im Fokus rechter Angriffe. Im Zuge der Corona-Pandemie haben diese Angriffe ein neues Ausmaß erfahren: Forschende selbst und wissenschaftliche Institutionen gerieten zum Feindbild in Protesten gegen staatliche Maßnahmen. In den Protestformaten mischte sich eine allgemeine Skepsis bis Feindlichkeit gegenüber wissenschaftlichen Erkenntnissen in demokratiegefährdender Weise mit antisemitischen Verschwörungsfantasien gegenüber einer »kosmopolitischen Elite« aus Politik, Medien und Wissenschaft.

Zeitgleich verschärfen sich auch wissenschaftspolitisch Debatten, die schon länger brodeln: In Auseinandersetzungen um die gesellschaftspolitische Verantwortung von Forschung und Lehre werden Vorwürfe einer angeblichen »Cancel Culture« erhoben; Forschende unterschiedlicher Disziplinen sehen sich mit dem Vorwurf einer angeblich ideologischen Forschungstätigkeit (»Gender-Ideologie«) und dem Verbot geschlechtergerechter Sprache ausgesetzt. Ähnlich wie bei den Protesten im Zuge der Corona-Pandemie erfolgen die Angriffe nicht allein aus einer organisierten extremen Rechten heraus, sondern durch ein heterogenes Feld an Einzelpersonen, Gruppen und sozialen Milieus unterschiedlicher politischer Orientierungen – auch aus dem Hochschulkontext selbst.

Die mitunter polemisch geführten Debatten um eine ›Cancel-Culture‹ und ein Verbot geschlechtergerechter Sprache sorgen ebenso wie die offenen Angriffe gegen Wissenschaftler:innen für eine Verunsicherung unter Forschenden und Lehrenden, die eine Reaktion von Seiten der Institutionen notwendig erscheinen lassen. Wenn die oben beschriebenen Angriffe auf einen von Abhängigkeiten geprägten Raum treffen, wie etwa im Kontext Wissenschaft, besteht die Gefahr, dass Forschende individuelle Umgangsstrategien entwickeln (müssen), weil sie die institutionelle Rückendeckung nicht einfordern können. Vielfach fehlt es an Sensibilität, Wissen und Handlungskonzepten für Gefahrensituationen in den wissenschaftlichen Einrichtungen. Oft wird aber auch den Wissenschaftler:innen selbst erst spät im Forschungsprozess bewusst, welchen Anfeindungen sie in der Forschungspraxis ausgesetzt sein können. Angemessene Gegenmaßnahmen werden demnach mitunter zu spät ergriffen. Während einige Forschungsinstitutionen bereits institutionelle Schutzkonzepte und Handlungsempfehlungen erarbeitet haben, stehen andere Einrichtungen etwaigen Initiativen zum Schutz ihrer Mitarbeitenden verhalten gegenüber. Die oben genannten Angriffe richten sich nicht zuletzt auch gegen Studierende, Doktorand:innen und freie Lehrbeauftragte, die sich nicht auf die Fürsorgepflicht der Universität als Arbeitgeber berufen können.

Vor diesem Hintergrund möchten wir die jüngeren öffentlich geführten Debatten um Angriffe gegen Wissenschaftler:innen ergänzen um den Blick auf institutionelle Schutzkonzepte und Handlungsempfehlungen. Die Tagungsthemen können sich folgenden Fragen widmen:

- Wen treffen die Angriffe? Gibt es Felder und/oder Disziplinen, die stärker als andere involviert sind in wissenschaftspolitische und/oder wissenschaftsfeindliche Debatten und Angriffe? Welche weiterführende Forschung braucht es?
- Welche Fragen stellen sich für Schutzkonzepte wissenschaftlicher Einrichtungen? Welche Perspektiven fehlen bislang, auch in der Debatte um und Forschung zu Schutzkonzepten?
- Gibt es gelungene Beispiele, bei denen sich wissenschaftliche oder nicht-wissenschaftliche Institutionen langfristig ihrer gesellschaftlichen Verantwortung stellen und den damit einhergehenden Angriffen auf ihre Arbeit frühzeitig begegnen? Welche Instrumente waren hier hilfreich?
- Welche Rolle spielt das Recht in der Auseinandersetzung mit rechten Hatestorms oder Unterlassungsaufforderungen gegen Wissenschaftler:innen und wissenschaftliche Institutionen?

- Welche Forderungen können gegenüber Förderinstitutionen von wissenschaftlichen Einrichtungen und freien Trägern (z.B. DFG, Stiftungen, Ministerien) formuliert werden?
- Wie können Kooperationen zwischen Hochschulen und außer-universitären Institutionen aussehen?
- Welche Erfahrungen praktischer Solidarität sind bereits gemacht worden? Welche Rolle können Fachgesellschaften, Gewerkschaften und andere Netzwerke spielen?

Die Online-Tagung wird ausgerichtet vom Forschungsverbund GERDEA (»Wechselwirkungen zwischen gesellschaftlichen Geschlechterverhältnissen und der zeitgenössischen extremen Rechten. Dynamiken – Effekte – Ambivalenzen«). Am Verbund beteiligt sind die Forschungseinrichtungen Frankfurt University of Applied Sciences, Justus-Liebig-Universität Gießen, Philipps-Universität Marburg und Dissens e.V. – Institut für Bildung und Forschung Berlin sowie als Praxispartner:innen der Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe Frauen gegen Gewalt e.V., der Bundesverband Mobile Beratung e.V., das Paritätische Bildungswerk Bundesverband e.V., der Bundesverband Jungen\*arbeit sowie Gesicht zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V.

Kontakt:

Viktoria Rösch, Frankfurt University of Applied Sciences  
E-Mail: [viktoria.roesch@m4.fra-uas.de](mailto:viktoria.roesch@m4.fra-uas.de) und

Juliane Lang, Universität Gießen  
E-Mail: [juliane.lang@uni-giessen.de](mailto:juliane.lang@uni-giessen.de)

## Babyboomer.

### Sozialräumliche Perspektiven auf die Vielen

Tagung der Rheinland-Pfälzischen Technischen Universität Kaiserslautern-Landau, Fachgebiet Stadtsoziologie am 14. Oktober 2024

In der Konferenz adressieren wir die geburtenstarken Jahrgänge 1955 bis 1969 (»Babyboomer«). Mit dem sukzessiven Übergang der Babyboomer in den Ruhestand sind die Gesellschaft und insbesondere die Kommunen gefordert, angemessene Angebote zum Wohnen und für Betätigungen zu entwickeln.

Ziel der Konferenz ist es, sich datengestützt und auf empirischer Basis über Babyboomer in verschiedenen Lebenssituationen auszutauschen. Wir diskutieren hier die Lebensformen, Arbeit, Wohnen und Freizeit aus nationaler und internationaler Perspektive.

Die Tagung steht im Kontext des interdisziplinären Projekts *Ageing Smart*, das Angebote, Erreichbarkeiten und Perspektiven der Babyboomer in verschiedenen Modellkommunen analysiert, um Planungen vor Ort zu unterstützen. Es wird gefördert von der Carl-Zeiss-Stiftung und RPTU Kaiserslautern-Landau.

Als Vorträge sind geplant:

- Stadt-Land Unterschiede in der sozialen und politischen Teilhabe der Babyboomer (Julia Simonson)
- Erwerbsarbeit im späteren Erwachsenenalter (Andreas Mergenthaler)
- Persönliche Netzwerke (Lea Ellwardt)
- Wohnen und Ortsbindung (Andreas Hartung/ Benjamin Stefan)
- Ehrenamtliches Engagement der Babyboomer (Claudia Vogel)
- Babyboomer in der Schweiz: Mythen und Realitäten des Wohnens (Nicola Hilti/ Christian Reutlinger)
- Babyboomer International (Karina Pallagst)
- Kommunalfinanzen: Bedeutung des Wechsels in den Ruhestand (Martin Junkernheinrich)
- Babyboomer ante portas: Chancen und Herausforderungen für Kommunen (Karin Haist)
- Babyboomer als literarischer Gegenstand (Rainer Furch / Madeleine Giese)

Die Tagung findet von 9 bis 17 Uhr in der Station Lounge, Am Hauptbahnhof 10 in 60329 Frankfurt statt. Bei Fragen wenden Sie sich bitte an:

Prof. Dr. Annette Spellerberg  
E-Mail: [annette.spellerberg@ru.rptu.de](mailto:annette.spellerberg@ru.rptu.de)

Wir bitten um Anmeldung bei

Maximilian Henzel  
E-Mail: [maximilian.henzel@ru.rptu.de](mailto:maximilian.henzel@ru.rptu.de)